

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 171. Ratssitzung vom 17. April 2013**

### **3861. 2012/65**

#### **Motion der FDP-Fraktion vom 29.02.2012:**

#### **Kommunaler Verkehrsplan, Ersatz der besucher- und kundenorientierten Parkplätze auf öffentlichem Grund vor Gewerbeliegenschaften oder Ladengeschäften**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Severin Pflüger (FDP)** begründet namens der FDP-Fraktion die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2368/2012): Wir möchten Einfluss darauf nehmen können, wie der öffentliche Raum vor Ladengeschäften an Quartierplätzen gestaltet werden kann. Zu den spezifischen Bedürfnissen des Gewerbes gehört die Erreichbarkeit durch Fussgänger, Velos und öffentliche Verkehrsmittel, aber auch die Erreichbarkeit durch den motorisierten Individualverkehr. Dazu braucht es genügend Parkplätze. Will man einen Fernseher beim Radio- und Fernsehhändler kaufen oder die Grossmutter zur Podologin bringen, muss man mit dem Auto kurz anhalten können. Diese Möglichkeit ist in unserer Stadt durch verschiedene Projekte gefährdet, zum Beispiel durch Alleenkonzepte oder den öffentlichen Verkehr. Wir können diese Anliegen nachvollziehen. Doch wenn es zu Lasten der Parkplätze geht, geht es zu Lasten der Erreichbarkeit des Gewerbes in den Quartieren. Das führt am Ende zu einem Quartier, das im ökonomischen Sinn nicht mehr lebt. Dann müssen alle im Einkaufscenter einkaufen und sind erst recht auf ein Auto angewiesen. Wir fordern einen Kompromiss: Bei publikumsorientierten Gewerbe, bei dem die Kunden darauf angewiesen sind, ab und zu mit dem Auto vorfahren zu können, sollen Parkplätze erhalten bleiben. Der Parkplatz soll sich in einem sinnvollen Umkreis von zum Beispiel 25 Metern befinden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements in Vertretung der Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

***STR Martin Waser:** Die Befürchtungen sind vorhanden. Ich nehme sie auch zur Kenntnis. Sie sind aber nicht gerechtfertigt. Unsere Mobilitätsstrategie ist umfangreich und differenziert. Es ist klar festgehalten, dass die Quartiere wichtige Versorgungszentren bieten. Man will diese erhalten und entsprechend die Zugänglichkeit inklusive Parkierungsmöglichkeiten erhalten. Hier aber wird eine bürokratische Vorschrift gefordert, die so nicht umsetzbar ist. Die Umsetzung mit den 25 Metern ist nicht realistisch. Wir möchten die Versorgung aber weiterhin sicherstellen. Wir versuchen, aufgehobene Parkplätze auf sinnvolle Weise zu ersetzen. Es ist klar, dass das Bedürfnis nach Parkplätzen in den Aussenquartieren grösser ist. Der Druck auf den öffentlichen Raum ist dort aber geringer. Es bestehen keine Pläne, grundsätzlich alle Parkplätze zum Verschwinden zu bringen. Auf die genannten Bedürfnisse wollen wir auch in Zukunft eingehen. Man kann den öffentlichen Raum insgesamt trotzdem attraktiv gestalten. Man möchte in den Quartierläden einkaufen können, es soll aber auch ein Ort*

sein, an dem sich die Leute generell gerne aufhalten. Dort wo man sich trifft, findet das soziale Leben statt. Wir haben mit unseren Strategien eine Grundlage, mit der wir dem Anliegen genügend entgegenkommen können.

Weitere Wortmeldungen:

**Guido Trevisan (GLP):** Wir lehnen die vorliegende Motion ab. Gerade in durch Geschäfte mit grosser Kundenfrequenz erschlossenen Gebieten ist der Raum für sämtliche Verkehrsteilnehmer vom Fussgänger bis zum motorisierten Individualverkehr sehr knapp. Die Aufenthaltsqualität wird durch viel Platz für Fussgänger markant erhöht. Davon profitieren auch die Geschäfte. Wir Grünliberalen haben zum Beispiel an der Regensdorferstrasse in Höngg eine Begegnungszone gefordert. Gerade dort gibt es auch ein grosses Parkhaus. Der kommunale Verkehrsplan der Stadt sieht vor, dass Autos wo immer möglich in unterirdischen Parkieranlagen abgestellt werden und nicht wertvollen Oberflächenraum versperren. Diesen Plan gilt es weiterhin konsequent umzusetzen. Bei den Geschäften ist eine individuelle Betrachtung notwendig. Kundenparkplätze direkt vor den Geschäften müssen nur dort zwingend erhalten werden, wo schwere Güter verkauft werden. Die Motion gibt ein zu enges Korsett vor.

**Roland Scheck (SVP):** Die SVP-Fraktion wird den Vorstoss unterstützen. Der Stadtrat baute zwischen 2007 und 2011 rund 1400 Parkplätze ab. Auch im Jahr 2012 ging der Abbau systematisch weiter. Man kann sich vorstellen, was das für das Gewerbe bedeutet. Der rot-grüne Stadtrat richtet hier mutwillig einen grossen volkswirtschaftlichen Schaden an. Mit seinem Bericht über die wirtschaftliche Bedeutung von Parkplätzen in Zürich hat er nachgewiesen, dass die Umsätze des Gewerbes direkt mit dem Parkplatzangebot zusammenhängen. Doch die Anti-Auto-Ideologie ist ihm wichtiger als das Wohlergehen der Stadt. Die Motion kann den bereits angerichteten Schaden nicht mehr rückgängig machen. Sie kann aber dazu beitragen, dass die desaströse Parkplatzpolitik etwas gebremst wird. Das kommt direkt dem Gewerbe und damit auch dem Kunden zugute.

**Mario Mariani (CVP):** Die CVP lehnt den Vorstoss ab, allerdings nicht aus grundsätzlichen Überlegungen. Wir teilen die Einschätzungen des Stadtrats. Ein Richtplan hat immer einen gewissen Anordnungsspielraum. Man kann nicht vorschreiben, dass etwas 25 Meter von einem bestimmten Ort angeordnet werden muss. Die CVP hat den kommunalen Verkehrsplan immer unterstützt und lehnt die Motion ab.

**Dr. Martin Mächler (EVP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Stadtrat Waser hat es bereits gesagt: Der Abstand von 25 Metern ist nicht realistisch. Kleine Gewerbe sind darauf angewiesen, dass Kunden – auch solche mit einer Mobilitätsbehinderung – weiterhin in der näheren Umgebung Platz finden. Wir schlagen vor, die 25 Meter im Text durch 100 Meter zu ersetzen. Diese Distanz können auch Mobilitätsbehinderte zurücklegen.

**Mauro Tuena (SVP):** Der Stadtrat selber, aber auch das Gewerbe haben klar aufgezeigt, dass ein oberirdischer Parkplatz in der näheren Umgebung eines Gewerbebetriebs rund 300 000 bis 500 000 Franken, im Stadtzentrum sogar bis zu 600 000 Franken Umsatz bringt. Umso mehr erstaunt es mich, dass der Stadtrat die Motion nicht entgegennehmen will. Wenn die Gewerbebetriebe eingehen, weil die Parkplätze verschwinden, können sie auch keine Steuern mehr bezahlen. Das ist ein gefährlicher Teufelskreis. Will der Stadtrat etwa bewusst, dass es in der Stadt nur noch grosse Warenhäuser gibt und kleine Geschäfte in der Stadt und in den Quartieren schliessen müssen? Das Gewerbe wird immer gerne als Stammfeiler der Wirtschaft bezeichnet. Ich habe für die Politik zu Ungunsten des Gewerbes kein Verständnis. Der Stadtrat hat in der Vergangenheit Parkplätze wegrationalisiert. Er argumentierte immer damit, dass sich in der Nähe weitere Parkierungsmöglichkeiten befinden würden. Beim Beispiel der Militärstrasse, an der Parkplätze im grossen Stil aufgehoben wurden, verwies der Stadtrat auf Parkplätze im Parkhaus Gessnerallee und im Opernhausparkhaus. Es parkiert aber niemand beim Bellevue, um dann in einem Quartierladen im Kreis 4 etwas einzukaufen. Man sollte dafür sorgen, dass die Läden es nicht noch schwieriger haben, erhalten zu bleiben.

**Marianne Aubert (SP):** Die Motion verlangt, dass aufgehobene Parkplätze im Radius von 25 Meter auf Plätzen oder Strassen ersetzt werden müssen. Nur dadurch sei eine Quartiersversorgung gewährleistet. Die Motion geht davon aus, dass die Verwaltung böswillig Parkplätze vor Geschäften aufhebt. Unserer Meinung nach lebt ein Quartier von den kurzen Wegen. Die Geschäfte sind dann attraktiv, wenn sie zu Fuss und mit dem Velo erreichbar sind. Parkplätze in Quartierparkhäusern schaffen öffentlichen Raum, der gefahrloses und angenehmes Einkaufen ermöglicht und Quartierplätze aufwertet. Die Verwaltung wägt alle Anliegen gegeneinander ab. Gewerbeliegenschaften sind verpflichtet, neue Parkplätze auf eigenem Grund zu erstellen. Die Regelung des Ersatzes innerhalb von 25 Metern halten wir nicht für umsetzbar. Daran würden viele Quartieraufwertungsprojekte scheitern. Wir könnten uns allenfalls eine Grössenordnung von 500 Metern vorstellen. Auch sollte man Möglichkeiten von Parkhäusern berücksichtigen. In allen Quartierzentren gibt es zudem Anliefer- und Güterumschlagregimes. Die SP lehnt das Anliegen sowohl als Motion als auch als Postulat ab.

**Fabienne Vocat (Grüne):** Mauro Tuena (SVP) sprach von 300 000 bis 600 000 Franken Umsatz bei den Parkplätzen in der City. In der Begründung zur Motion steht aber gerade, dass es nicht um die City und die citynahen Gebiete geht. Es geht um das Gewerbe und die Ladengeschäfte. Das ist ein Unterschied. Das Gewerbe braucht keine Kundenparkplätze vor der Tür oder zumindest viel weniger. Leute aus dem Gewerbe haben mir gesagt, die Parkplätze seien in dieser Stadt kein Problem. Das tatsächliche Problem sei die Bürokratie. Das andere Thema ist das Lädeli-Sterben. Die Motionäre behaupten, dass dies mit den Parkplätzen zu tun hätte. Sie selber aber sind genau diejenigen, die mit dem Auto in die Einkaufszentren in der Peripherie fahren. Darin liegt der Grund für das Lädeli-Sterben. Fährt man ins Glatt, läuft man übrigens wesentlich mehr als 25 Meter, bis man bei einem Geschäft ist.



4 / 4

**Severin Pflüger (FDP)** ist mit der Textänderung einverstanden: *Wir nehmen die Textänderung von «25 Meter» auf «100 Meter» an.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zur Änderung von F1 Abs. 5 Satz 5 des kommunalen Verkehrsplanes der Stadt Zürich vom 1. Oktober 2003 mit folgendem Inhalt zu unterbreiten: „Besucher- und kundenorientierte Parkplätze auf öffentlichem Grund, die sich unmittelbar vor Gewerbeliegenschaften oder Ladengeschäften oder in einem Umkreis von 25 Metern zu diesen befinden, dürfen nur aufgehoben werden, wenn sie wieder im Umkreis von maximal ~~25~~100 Metern und für Personen mit Gehbehinderung gut erreichbar, neu erstellt werden. Bei der Aufhebung von anderen Parkplätzen sind die Bedürfnisse des Gewerbes und der Ladengeschäfte hinsichtlich einer funktionierenden Quartiersversorgung sowie der Besucherinnen und Besucher angemessen zu berücksichtigen.“

Die geänderte Motion wird mit 41 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat